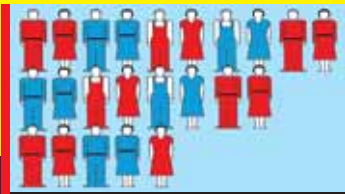


Sozialismus

www.Sozialismus.de

G. Bosch/T. Kalina: Mittelschichten unter Druck



Joachim Bischoff: Kentert die Globalökonomie?



Hans-Jürgen Urban: Für Digitalisierungsrealismus

Stephan Siemens: Industrie 4.0 – Widersprüche

Forum
Gewerkschaften

Frank Deppe: Neue Weltunordnung



Labour Party: Turnaround?

Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Nur im Netz:

Die Redaktion veröffentlicht regelmäßige Beiträge zwischen den monatlichen Printausgaben auf www.sozialismus.de

SPD im Wahlkampfmodus



Bei den Landtagswahlen am 13. März droht der SPD ein weiteres Debakel. Seit der Einzug der in die drei Landtage absehbar ist, gilt die Abwahl von Rot-Grün in Rheinland-Pfalz als kaum abwendbar. In Baden-Württemberg wäre es schon ein großer Erfolg, wenn die SPD Juniorpartner der Grünen bleiben könnte ...

Linkswende, aber wie?



Der frühere Linksfraktionschef Gregor Gysi fordert zu Recht, dass die Linkspartei »zusammen mit SPD und Grünen für ein linkes Projekt gegen die jetzige Entwicklung Europas und Deutschlands« streiten muss. Wir sollten dieser strittigen Diskussion nicht ausweichen. Es geht allerdings nicht vorrangig um eine Frage der Regierungsbeteiligung. ...

Weitere Kraftproben in Athen



Die griechische Bevölkerung blickt pessimistisch ins neue Jahr. Zwei Drittel der GriechInnen glauben, dass 2016 für das Land noch schlechter wird als 2015, jenem Jahr, in dem die Banken längere Zeit geschlossen waren und die Ökonomie wegen der Kapitalkontrollen weiteren Beschränkungen unterworfen war. ...

Europas Linke in Bewegung

Hinrich Kuhls: Eine steife Brise umweht das Steuerdeck Die Umbildung der Labour-Fraktionsspitze	2
Andreas Fisahn/Thomas Eberhardt-Köster: Ein Mosaik von Plänen Europäische Union und die gesellschaftliche Linke	7
Heinz Bierbaum: Bewegung auf der iberischen Halbinsel Zur politischen Situation in Portugal und Spanien	10

Wer ist die gesellschaftliche Mitte?

Gerhard Bosch/Thorsten Kalina: Mittelschichten in Deutschland – unter Druck	13
Dierk Hirschel/Ralf Krämer: Ab durch die Mitte? Normalbeschäftigte, Prekäre und die Rolle der Gewerkschaften	20
Joachim Bischoff/Bernhard Müller: Kampffeld: untere Mitte	24
Axel Troost: Behindert der Solidarische Länderfinanzausgleich die Steuererhebung?	33

Von Börsen, Rohstoffpreisen und Flüchtlingen

Joachim Bischoff: Entgleist die Globalökonomie?	38
Michael Wendl: Die Flüchtlingsmigration – ein konjunkturpolitischer Glücksfall	42
Karl Georg Zinn: Sollen und Können Verantwortungsethik statt Problemverdrängung	46

Forum Gewerkschaften

Hans-Jürgen Urban: Digitale Visionen als Leitbilder? Plädoyer für einen Digitalisierungsrealismus in der Arbeitspolitik	47
Stephan Siemens/Martina Frenzel: Widersprüche im Konzept Industrie 4.0	56
Otto König/Richard Detje: Auf der Erfolgsspur? Ein Ausblick auf die Tarifrunde 2016	59

Eine aus den Fugen geratende Welt

Frank Deppe: Vom American Empire zu einer multipolaren Weltordnung	62
---	----

Impressum | Veranstaltungen | Film

Impressum	9
Veranstaltungen & Tipps	68
Klaus Schneider: The Big Short (Filmkritik)	69

Behindert der Solidarische Länderfinanzausgleich die Steuererhebung?

von | Axel Troost



Karikatur: Economist

Das Problem ist altbekannt und ein andauernder Skandal in einem Rechtsstaat: In den meisten Bundesländern tut sich eine enorme Lücke bei der Steuerdurchsetzung auf:

»Wir haben eine permanente Steigerung der Zahl der Betriebe, die geprüft werden müssen. Allein zwischen 2008 und 2011 sind 181.000 Betriebe dazugekommen, und im gleichen Zeitraum sind weniger Prüfer bei den Finanzämtern im Einsatz. Die Zahl ist von 13.300 bundesweit auf 13.200 gesunken. Das sind nur die Betriebsprüfer.« (Werner Stupka, Nürnberger Steuerfahnder und ver.di-Experte, Interview im Deutschlandradio Kultur, 9.4.2013) Und: »»Bundesweit gibt es 2.370 Steuerfahnder und 13.200 Betriebsprüfer, 6.000 Kräfte fehlen«, sagt Dieter Ondracek, Ehrenvorsitzender der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (...) So lasse sich der Staat jährlich zehn Milliarden Euro entgehen.« (Südwest-Presse, 28.5.2013)

Dies ist nicht nur ein finanzielles Problem für den Staat, sondern untergräbt die Grundfesten unserer Gesellschaftsordnung: »Stupka glaubt, dass ohne Steuergerechtigkeit der gesellschaftliche Zusammenhalt gefährdet ist. Heute stammen 70 Prozent aller Steuereinnahmen aus Lohn-, Mehrwert- und Energiesteuer, 1970 waren es 45 Prozent. »Der Arbeitnehmer wird mehr und mehr zum Alleinunterhalter des Staates.« Gerade im Hinblick auf das bekannte Angebot von Finanzminister Schäuble, 500 Steuerfahnder nach Griechenland zu schicken,¹ wäre zu überlegen, ob diese nicht ebenso dringend hierzulande eingesetzt werden müssten. Anstelle gute Ratschläge an Griechenland zu richten, sollte hierzulande sicherlich erst einmal vor der eigenen steuermoralischen Tür gekehrt werden.

Was soll der Länderfinanzausgleich mit der Steuererhebung zu tun haben?

Auch bei den jüngsten Verhandlungen zum Länderfinanzausgleich werden interessierte Kreise nicht müde, für mehr Ungleichheit und Wettbewerbsstrukturen zwischen den Ländern zu werben. Neoklassische Ökonomen, Austeritätsanhänger und Konzernlobbyisten wiederholen schon seit Längerem gebetsmühlenartig, dass der bestehende weitgehende Angleich der Länderfinanzen kaum Anreize für die einzelnen Länder setze, ihre jeweiligen Steueransprüche im eigenen Land konsequent durchzusetzen.²

Beispielsweise behauptet das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) Köln: »Politökonomisch reduziert das die Eigen-

Axel Troost ist stellvertretender Vorsitzender der Partei DIE LINKE, finanzpolitischer Sprecher der Linksfraktion im Deutschen Bundestag und einer der fünf Sprecher des Instituts Solidarische Moderne.

¹ Die Welt (17.2.2015): Griechenland-Hilfe – Schäuble »Am 28., 24 Uhr, is over«, www.welt.de/wirtschaft/article137549826/Schaeuble-Am-28-24-Uhr-is-over.html.

² Beispielsweise interpretiert die konservative *Welt* eine Studie des überwiegend neoklassisch argumentierenden Forschungsinstituts IW Köln: »Für die 16 Bundesländer besteht demnach auch nach der geplanten Reform des Länderfinanzausgleichs kaum ein Anreiz, für effiziente Steuereinnahmen zu sorgen. Laut IW Köln würden die Ministerpräsidenten von einem Euro Steuermehreinnahmen auch künftig nur einen Bruchteil behalten. (...) Die Bundesländer haben deshalb kaum einen Anreiz, mehr Finanzbeamte einzustellen (...) Denn am Ende tragen die Länder die vollen Pensionslasten für die Staatsdiener (...)« (Martin Greive, Die Welt, 7.12.2015: Neue Studie entlarvt Unsinn der Föderalismus-Reform, www.welt.de/wirtschaft/article149681174/Neue-Studie-entlarvt-Unsinn-der-Foederalismus-Reform.html).

verantwortlichkeit der Empfängerländer und damit die Anreize, dass sie ihre Haushalte in den Griff bekommen.«³ Als Lösung wird u.a. vorgeschlagen, die Länder sollten mehr ihrer zusätzlichen Steuereinnahmen behalten dürfen.

Die Grundannahme stimmt, nicht die Folgerungen

Die Grundannahme ist nicht ganz falsch: Tatsächlich dürfen die meisten Länder nur wenig ihrer zusätzlichen Steuereinnahmen behalten. Jedoch mangelt es weder an Anreizen, noch spricht dies für einen Ellenbogenföderalismus. So:

- dürfte in den meisten Bundesländern der Punkt noch nicht erreicht sein, ab dem ein durchschnittlicher Steuerfahnder auch nach dem Länderfinanzausgleich für das betreffende Bundesland tatsächlich weniger Steueraufkommen generiert hat, als er selbst kostet,
- besteht kein Zusammenhang zwischen der Quote des Steuer einhalts und der Steuerdurchsetzung je Land: Das Anreizargument kann nicht erklären, warum es einen schlechten Steuervollzug gerade in den wohlhabenderen Ländern gibt, welche einen größeren Anteil ihrer zusätzlichen Einnahmen behalten dürfen als ärmere Länder. Gerade bei den aktuellen Geberländern würde sich ein besserer Vollzug noch mehr lohnen. Das Anreizargument ist falsch.
- legt es die Vermutung nahe, dass für eine schlechte Steuerdurchsetzung viel mehr Standortpolitik und politische Korruption ausschlaggebend sind,
- würde ein eiserner Steuerwettbewerb zwischen den Ländern (Ellenbogenföderalismus) das Problem sogar noch verschärfen. Steuerwettbewerb setzt unerfüllbare Anreize, denn ärmere Länder können den strukturellen Vorsprung nicht aus eigener Kraft einholen,
- ist ein besserer Steuervollzug deshalb nur durch bundesweite Koordination der Steuererhebung möglich. Entweder durch eine verpflichtende Koordination zwischen den Ländern oder mit Übernahme der Steuerverwaltung durch den Bund (was realistischer erscheint). Im Gegenzug sollten Länder und Kommunen eine höhere Beteiligung an den Steuereinnahmen erhalten.

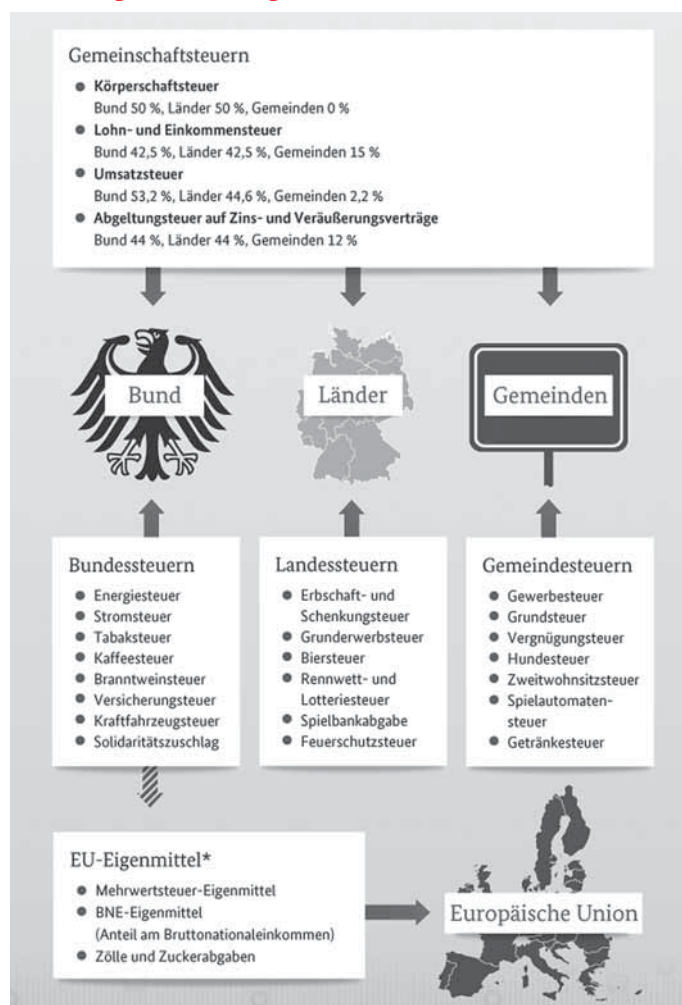
Im Folgenden sollen diese Argumente dargelegt werden:

- Die meisten Länder dürfen nur zwischen 11,5 und 25% ihrer zusätzlichen Einnahmen behalten.

Zunächst ist festzuhalten, dass die Bundesländer tatsächlich nur einen Bruchteil ihrer zusätzlichen Steuereinnahmen behalten dürfen (siehe Abbildung 1). Teilweise schon deshalb, weil gerade bei Steuern mit hohem Aufkommen (Körperschafts-, Lohn-, Umsatz und Kapitalertragsteuer) Länder und Kommunen ca. zur Hälfte mit dem Bund teilen müssen:⁴

Das IW Köln rechnet vor: »Nimmt beispielsweise Schleswig-Holstein 100 Euro Lohnsteuer zusätzlich ein, gehen davon 57,50 Euro an das Land und seine Kommunen. Aufgrund der Mehreinnahmen verliert Schleswig-Holstein aber Transfers im Wert von 48 Euro. Übrig bleiben ihm unter dem Strich also lediglich gut 9 Euro oder 16 Prozent.«⁵ Auch in den meisten anderen Ländern ist und bleibt die Lage ähnlich. Jedoch nicht bei allen: Vor allem Hessen, Bayern, Baden-Württemberg und Hamburg genießen viel höhere Einbehaltquoten, sodass sich eine Band-

Abbildung 1: Aufteilung der Steuereinnahmen



Quelle: Bundesministerium der Finanzen, Stand August 2015

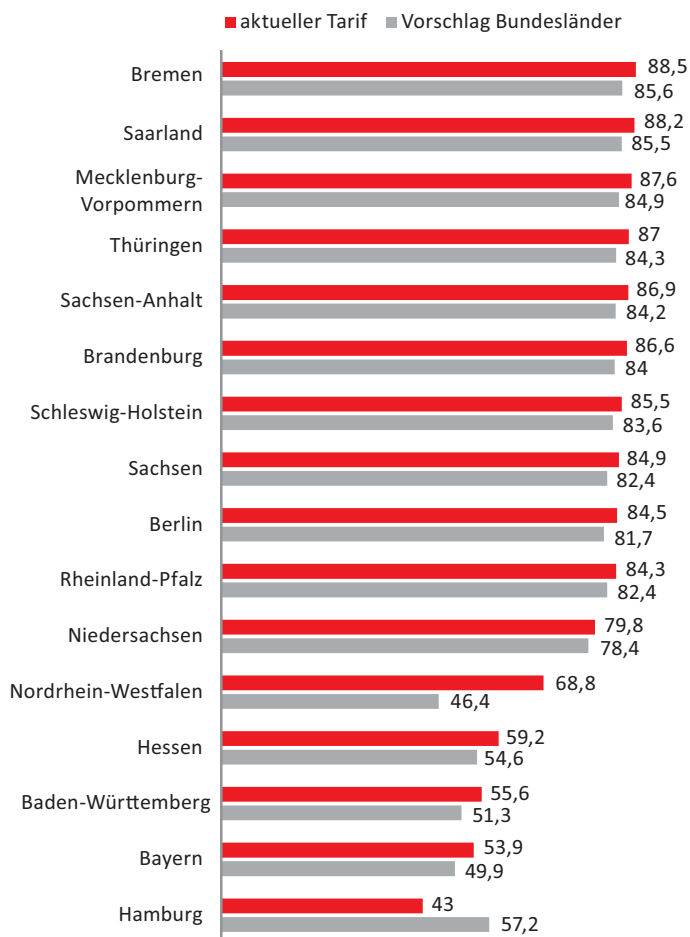
breite ergibt zwischen aktuell 11,5% bis ganzen 57% bzw. zwischen künftig nur leicht veränderten 14,4% bis ganzen 53,6%, die ein Bundesland und seine Kommunen von jedem zusätzlich eingenommenen Euro Steuereinnahmen behalten darf. Abbildung 2 enthält eine Einzelübersicht.⁶

Quoten sind relativ, es zählt allein die Kosten-Nutzen-Rechnung

Noch überzeugender hätte das IW Köln seine Argumentation zuspitzen können, wären die 9 Euro, die Schleswig-Holstein von seinen zusätzlichen Steuereinnahmen behalten darf, auf die gesamte Lohnsteuereinnahme von 100 Euro bezogen worden (also zuzüglich des Anteils, den der Bund erhält): Dann wären es nicht einmal 16, sondern sogar nur 9%, die das Land Schleswig-Holstein von den zusätzlichen Einnahmen behalten darf.

Gleichzeitig wird durch diesen Vergleich deutlich, dass bei einer Kosten-Nutzen-Rechnung solche prozentualen Relativierungen nicht zielführend sind, sondern die konkreten Zusatzeinnahmen (in Euro) dem dafür nötigen Aufwand (in Euro) gegenübergestellt werden müssen. Die Frage ist also nicht, welchen Prozentsatz Schleswig-Holstein behalten darf, sondern welchen Prozentsatz Schleswig-Holstein behalten darf, sondern welchen Aufwand bzw. Nachteile es zur Generierung dieser zusätzlichen

Abbildung 2: Vergleich der Grenzbelastungen der Bundesländer in %



Quelle: Bundesministerium der Finanzen, Stand August 2015

9 Euro betreiben muss (z.B. durch die Einstellung von zusätzlichen Betriebsprüfern und Steuerfahndern).

■ Die Gewinnschwelle pro Steuerfahnder dürfte in den meisten Ländern deutlich tiefer liegen.

Zunächst wird auch von offizieller Seite geschätzt, dass ein einzelner Betriebsprüfer oder Steuerfahnder das zehnbis zwanzigfache seiner eigenen Kosten einnimmt: »Dabei dürften wenige Beamte ihr Geld so wert sein: Bis zu eine Million Euro Einnahmen bringt ein Betriebsprüfer dem Staat im Jahr, bei Personalkosten von 70.000 Euro. Ein Fahnder kostet im Schnitt 80.000 Euro im Jahr, treibt nach Angaben der Deutschen Steuerwerkschaft aber im Durchschnitt sogar 1,5 Millionen Euro jährlich ein. Selbst bei den Kontrollen der Kleinbetriebe erziele ein Prüfer im Schnitt Mehrergebnisse von 400.000 Euro im Jahr, das stellte der Bayerische Rechnungshof jüngst fest.«⁷ Auf die Rechnung des IW Köln bezogen, würden sich bereits bei diesem simplen Überschlag der Kosten bei allen Ländern die Einstellung weiterer Steuerfahnder für Großbetriebe lohnen und in den meisten Ländern auch zusätzliche Betriebsprüfer rechnen.

Natürlich müssten in eine seriöse Schätzung weitere Variablen angerechnet werden: Auf der Kostenseite beispielweise die Pensionsansprüche sowie tendenziell abnehmende Einnahmen pro zusätzlichem Fahnder. Auf der Gewinnseite hingegen die

den Kommunen zukommenden Steuern (wie z.B. die Gewerbesteuer) bzw. Steueranteile (wie 15% der Lohnsteuer), welche auch im künftigen Länderfinanzausgleich weiterhin nur zu einem Teil (künftig mit 75% statt vorher 63%) auf die Steuerkraft des betreffenden Bundeslandes hinzugerechnet werden (also umso mehr des Steueraufkommens im Land verbleibt). Zudem ist es nicht unerheblich, dass die Entdeckungswahrscheinlichkeit die generelle Steuerehrlichkeit und damit zusätzlich das generelle Steueraufkommen erhöht. Zwar sind diese Mehreinnahmen nur schwer abschätzbar, die hohe Steigerung von Selbstanzeigen nach Steuer-CD-Ankäufen spricht jedoch für sich.

Dass Neueinstellungen von Steuerfahndern bislang unterbleiben, muss folglich andere Gründe haben.

■ Es gibt keinen statistischen Zusammenhang zwischen verbleibenden Steuereinnahmen und der Konsequenz der Steuerdurchsetzung.

Neben der Frage der Profitabilität und Standortpolitik scheint es auch eine Frage der politischen Kultur zu sein, ob und inwiefern rechtstaatliche Prinzipien Anwendung finden. In der Tendenz zeigt sich ein Gefälle nach Süden, zu den Geberländern: »(...) im Südwesten. »Hier hat es unter der früheren schwarz-gelben Landesregierung eine massive Fehlentwicklung gegeben«, sagt der Grünen-Steuerexperte Schick. Ein Sprecher des Finanzministeriums in Stuttgart bestätigt: »In den vergangenen Legislaturperioden sind in der Steuerverwaltung kontinuierlich Stellen abgebaut worden.«⁸ Auch bei der absoluten Quote von Steuerfahndern je Einwohner »landeten neben dem kleinen Saarland und Niedersachsen die wirtschaftsfreundlichen Südländer Baden-Württemberg, Bayern und Hessen auf den hinteren Plätzen mit einer sehr niedrigen Steuerfahnderquote.«⁹

»Wie es auch laufen kann, macht Nordrhein-Westfalen vor. Es ist kein Zufall, dass so oft von den Staatsanwaltschaften in Wuppertal und Bochum die Rede ist, wenn es um Ankäufe von

³ IW Köln (4.12.2015): Länderfinanzausgleich – Anders ist nicht gleich besser, www.iwkoeln.de/infodienste/iw-nachrichten/beitrag/laenderfinanzausgleich-anders-ist-nicht-gleich-besser-255880. In das gleiche Horn stößt auch der Ehrenvorsitzende der Deutschen Steuerwerkschaft »Ondracek schlägt deshalb folgende Regelung vor: Alles, was die Steuerfahnder eintreiben, bleibt im Bundesland, statt in den Länderfinanzausgleich zu fließen. »Was glauben Sie, wie viele Steuerfahnder dann plötzlich unterwegs sind?« (Antje Berg, Die Welt, 28.5.2013; Milliarden, die keiner will, www.swp.de/ulm/nachrichten/politik/Milliarden-die-keiner-will;art4306,2024060)

⁴ FiPo-AG (22.3.2014): Länderfinanzausgleich LINKS gedacht – sozial und solidarisch (S. 5), www.axel-troost.de/serveDocument.php?id=2559&file=a/2/fbe.pdf.

⁵ IW Köln (11.12.2015) Pressemitteilung: Länderfinanzausgleich – Reformvorschlag setzt falsche Anreize, www.iwkoeln.de/presse/pressemitteilungen/beitrag/laenderfinanzausgleich-reformvorschlag-setzt-falsche-anreize-256513.

⁶ Tobias Hentze (IW policy papers, Nr. 38, 11.12.2015): Reform des Länderfinanzausgleichs – Eine Bewertung des Vorschlags der Bundesländer (S. 9), www.iwkoeln.de/_storage/asset/256624/storage/master/file/8247531/download/Policy%20Paper%20L%C3%A4nderfinanzausgleich%20IW%20K%C3%B6ln.pdf.

⁷ Mira Gajevic (Frankfurter Rundschau, 18.5.2013): Große Fische, wenige Angler, www.fr-online.de/politik/steuerfahnder-grosse-fische--wenige-angler,1472596,22799832.html.

⁸ Antje Berg (Die Welt, 28.5.2013): Milliarden, die keiner will – Die deutschen Steuerfahnder sind überlastet und kommen nur zum Nötigsten. Ein gewollter Personalmangel, meint mancher. Nicht nur in Bayern, auch im Südwesten gibt es massiven Nachholbedarf, www.swp.de/ulm/nachrichten/politik/Milliarden-die-keiner-will;art4306,2024060.

⁹ Der Spiegel (13.2.2010): Steuerbetrug – Milder Süden, www.spiegel.de/spiegel/print/d-69065792.html.

Marxistische Studienwoche 2016

KAPITALISMUS UND MIGRATION



14.-18. März 2016, Frankfurt a.M., Haus der Jugend
marxistischestudienwochefrankfurt.wordpress.com

Vorträge, Workshops und Diskussionsrunden mit:

Elmar Altvater, Frank Deppe, Reiner Diederich, Jane Hardy, Sebastian Friedrich, Romin Khan, Boniface Mabanza, Katja Maurer, Max Pichl, Werner Ruf, Conrad Schuhler, Anne Steckner, Peter Wahl, Initiative Welcome Frankfurt, Janine Wissler u.a.

Die Tagung richtet sich primär an Studierende und junge Aktive. Teilnahme nur nach Anmeldung: redaktion@zme-net.de. Tagungsbeitrag (inkl. Reader, Übernachtung + Verpflegung): 50 €

Organisiert von der **Heinz-Jung-Stiftung** und der **Redaktion Z – Zeitschrift Marxistische Erneuerung**

Steuer-CDs geht. In NRW ist die Steuerfahndung in zehn eigenen Behörden organisiert, und nicht als Anhängsel von Finanzverwaltungen. »Die sind richtig schlagkräftig und selbstbewusst, in Bochum zum Beispiel sitzen 100 Fahnder in einem eigenen Verwaltungsgebäude«, sagt Manfred Lehmann, Chef der NRW-Steuerwerkschaft. Ähnlich funktioniert die Fahndung in Niedersachsen. Die Strukturen haben sich nach Ansicht von Experten bewährt.«¹⁰

Zunächst scheint der Fokus auf den Südwesten die These zu bestätigen, dass die konsequente Steuereintreibung für Geberländer schlicht unattraktiv sei. Allerdings erklärt dies nicht, warum andere Länder, wie Nordrhein-Westfalen, wo zusätzliche Steuereinnahmen nur zu 31% verbleiben, hier ein vorbildliches Pflichtbewusstsein an den Tag legen. Denn wie das IW Köln darstellt, sind zusätzliche Steuereinnahmen ja gerade für die drei Geberländer Hessen, Baden-Württemberg und Bayern mit am lukrativsten (es verbleiben dort 41% bis 46% je zusätzlichem Steuer-Euro). Es zeigt sich also kein Zusammenhang zwischen den im Land verbleibenden Steuereinnahmen und den Anstrengungen zur Steurdurchsetzung. Damit ist das »Anreizargument« widerlegt.

■ Ausschlaggebend dürften vielmehr Standortpolitik und politische Korruption sein.

Es liegt nahe, dass der Grund für das Versagen mehr in einer generellen Begünstigung der Wirtschaft liegt. Eine versteckte Subventionierung der Wirtschaft als Standortpolitik, die sich steuerstärkere Bundesländer wohl auch gerade deshalb erlauben können, weil sie mit ihrem kommunalen und landesweiten

Steueraufkommen bereits relativ gut dastehen: »Für viele Ermittler ist es kein Zufall, dass vor allem die süddeutschen Länder bei der Verfolgung von Steuerflüchtlingen so zögerlich sind. Den Landesregierungen von Bayern, Baden-Württemberg und Hessen wird seit Jahren vorgeworfen, sie hielten ihre Steuerverwaltungen bewusst knapp, um für Spitzenverdiener und Unternehmen als Standort attraktiver zu sein.«¹¹ Wie weit eine politische Begünstigung mächtiger Wirtschaftsinteressen im Einzelfall reichen kann, zeigt der groteske Fall zwangspensionierter Steuerfahnder aus Hessen, welche nach jahrelangem Rechtsstreit erst kürzlich rehabilitiert wurden.¹²

Allerdings lässt sich am Beispiel des keineswegs deindustrialisierten Nordrhein-Westfalen mit seiner hohen Steurdurchsetzung infrage stellen, wie groß der Unterschied in Steuersätzen und Fahndungsdruck sein müsste, um tatsächlich eine signifikante Zahl von Unternehmen aus einem Bundesland in ein anderes zu drängen. Auch dieses Argument steht auf schwachen Beinen.

Aber selbst falls dies doch alles zutreffen sollte, falls also ein zusätzlich eingesetzter Fahnder keinen großen »Return of Investment« erwirtschaften sollte und Pionierländer bei einem hohen Fahndungsdruck die Steuerflucht von Firmen in andere Bundesländer riskieren würden, so ist dies nach wie vor keine Legitimation dafür, einen Haushaltsgewinn über rechtsstaatliche Grundprinzipien zu stellen. Solch eine Politik ließe auf ein skandalöses Staatsverständnis der betreffenden politischen Funktionsträger schließen. Begünstigung und Korruption müssen an erster Stelle dienst- und strafrechtlich verfolgt werden, statt sie auch noch als Grund für eine Entsolidarisierung des föderativen Systems ins Feld zu führen.

■ Ellenbogenföderalismus dürfte den Graben zwischen den Ländern vertiefen und zu Steuerdumping führen.

Aber auch ökonomische Argumente sprechen dagegen, dass sich die steuerschwachen Bundesländer einfach nur mehr anstrengen müssten, um aufzuholen: Was wäre die Folge eines erhöhten Steuerwettbewerbs zwischen den Ländern oder gar der Aufkündigung des Länderfinanzausgleichs?

Ein Steuerwettbewerb setzt unerfüllbare Anreize, ärmere Länder können den strukturellen Vorsprung der reichen Länder nicht aus eigener Kraft einholen. Denn der unterliegende Strukturwandel hängt nur geringfügig und langfristig von Landespolitik und Fleiß der Menschen ab. Oder waren beispielsweise im armen Bayern der 1950er und 60er Jahre die Bürger weniger fleißig und die PolitikerInnen weniger fähig als im Ruhrgebiet? Ein Ellenbogenföderalismus verschärft deshalb die Ungleichheit und entzieht den ärmeren Ländern die Chance auf Verbesserungen. Weitere Kürzungen der Investitionen spornen nicht zu »neuen Höchstleistungen« an, sondern entziehen die Mittel, um einen attraktiven Wirtschaftsstandort zu schaffen – mit gut ausgebildeten Bewohnern, einem funktionierenden Rechts- und Behördensystem und moderner Infrastruktur.

Werden strukturschwache Länder abgehängt, erzeugt dies dauerhaft Armutsgebiete und Arbeitsmigration. Die gut ausgebildeten Bewohner wandern in die boomenden Bundesländer mit niedriger Arbeitslosigkeit aus, während Alte und sozioökonomisch Benachteiligte in den armen Ländern zurückbleiben. Das Potenzial geht, die Kosten bleiben. Die Wirtschaft der Ge-

berländer profitiert bereits jetzt von diesem Trend auf Kosten strukturschwacher Länder. Im Falle einer verstärkten Steuerautonomie kann es zusätzlich zur Verlagerung von Unternehmen in finanzstarke Bundesländer kommen, wenn diese ihre Autonomie und ihren Haushaltsspielraum nutzen, um die Steuersätze direkt oder indirekt (durch systematisch unterbesetzte Finanzämter) zu senken. Dies würde die bereits vorhandenen regionalen Finanzkraftunterschiede weiter verstärken und ein fragmentiertes Land zementieren.

Undankbarkeit soll sich nicht lohnen. Vor allem Bayern hatte keine Einwände, bis in die späten 1980er Jahre Empfänger im Länderfinanzausgleich zu sein und seine Wirtschaft mit den Steuereinnahmen des Ruhrgebiets (aus Kohle und Stahl) aufpäppeln zu lassen. Jetzt, wo es dem Land strukturell gut geht, betreibt es Steuerdumping und lässt notleidende Regionen wie das Ruhrgebiet im Stich. Ein direkt oder indirekt ausgetragener Steuerwettbewerb ist deshalb ineffizient, ungerecht und wenig zukunftsweisend. Solidarität darf keine Einbahnstraße bleiben, wie man früher auch im Süden forderte: »Ich habe es immer als beschämend angesehen – so wenig man gern von armen Verwandten spricht –, wenn von armen und reichen Ländern gesprochen wird, obwohl doch alle Bürger in allen Ländern der Bundesrepublik die gleichen Steuern zahlen. Mit Recht fordern diese Bürger auch gleiche öffentliche Leistungen. Unsere Zeit nimmt es einfach nicht mehr hin, daß in einem Lande Schulen oder Krankenhäuser schlechter ausgestattet sein sollen als in einem anderen, nur weil die wirtschaftliche Tätigkeit in den einzelnen Teilen der Bundesrepublik verschieden angelegt ist und Zufälligkeiten der Unternehmenskonzentration und technisch bedingte Konsequenzen der Steuerabführung zu weiterem Steuereffekte führen.« (Franz Josef Strauß, CSU, Bundesminister der Finanzen, am 7.2.1969 im Bundesrat)¹³

Die Lösung? Bundesweite Steuerkoordination statt innerdeutsches Dumping

Wir müssen gleiche Standards für alle Staatsbürger garantieren. Die Einwohner der Bundesländer sind nicht nur Bayern, Schwaben oder Sachsen, sie sind auch und vor allem Bürger der Bundesrepublik Deutschland. Als solche haben sie alle gleichermaßen ein Anrecht darauf, dass die Bundesländer die ihnen übertragenen Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge in gleichwertiger Qualität erledigen. Und um dies zu garantieren, brauchen wir ausreichende Steueraufkommen und eine gerechte Verteilung dieser Einnahmen.

1. Mehr Kompetenzen für den Bund bei der Steuererhebung

Theoretisch spräche nichts gegen eine weiterhin dezentrale Lösung der Steuererhebung. Jedoch konnten die Länder sich bislang nicht auf eine effektive Koordination einigen und werden dies wohl auch mittelfristig nicht: »So wursteln die Länder beim Steuereintreiben weiter lustlos und unkoordiniert vor sich hin. Der Versuch, wenigstens das bundeseinheitliche Computersystem ›Fiscus‹ in den Ländern zu installieren, wurde 2005 nach 13 Jahren Vorbereitung und Ausgaben von 400 Millionen Euro eingestellt. Auch das Nachfolgeprojekt ›Konsens‹ droht im Streit der 16 verschiedenen Länderverwaltungen zu ver-

den. Der Bundesrechnungshof sieht nur einen Ausweg aus dem Dilemma. Der Bund müsse die Verantwortung für die Steuerverwaltung zentral übernehmen und dafür sorgen, dass überall gleiche Standards gelten. Doch die Idee stößt auf erbitterten Widerstand der Ministerpräsidenten, die verbissen um ihre ohnehin dürftigen Machtbefugnisse im Bundesstaat kämpfen.«¹⁴

Statt als Bedingung für eine Einigung beim Länderfinanzausgleich die Verkehrskompetenzen für eine Bundesfernstraßengesellschaft von den Ländern an den Bund zu ziehen, sollte der Bundesfinanzminister den Ländern lieber eine einheitliche Koordination und verpflichtende Prüfungsquoten im Steuervollzug abverlangen. Über eine zeitnahe bundesweit koordinierte und einheitliche Steuererhebung ließe sich regionales Steuerdumping ein für alle Mal wirkungsvoll unterbinden – und es wären beträchtliche Einnahmeerhöhungen realisierbar.

2. Länder und Kommunen sollten dafür zusätzliche Steueranteile erhalten

Die Länder und vor allem die Kommunen wiederum sollten diese einschneidende Kompetenzverlagerung im Steuerwesen nicht einfach hinnehmen, sondern sich in dauerhaften Steuerpunkten durch gemeinschaftliche Steuern vergüten lassen. Damit würde die verbesserte Steuererhebung auch tatsächlich die Finanzsituation von Bund, Ländern und Kommunen entspannen. Womit kommunale Investitionen wieder möglich würden und auch die Behauptung, die Gründung einer Bundesfernstraßengesellschaft sei aus finanziellen Gründen notwendig, endgültig widerlegt wäre. Nicht zuletzt schafft eine gute regionale Finanzausstattung eine nachhaltige Grundlage für eine Fortführung des solidarischen Länderfinanzausgleichs. Wie man schon damals im Süden gefordert hat: »Unser föderalistisches System nimmt Schaden, wenn nur deshalb in einem Land die Bürger schlechter behandelt werden als in einem anderen, weil die Steuerverteilung von veralteten Regelungen ausgeht, von Regelungen, die auf ein einheitliches, eng ineinander verflochtenes Wirtschaftsgebiet nicht mehr passen, wie es noch vor Jahrzehnten der Fall gewesen sein mag. Alle Länder und der Bund müssen gleichberechtigt an den großen Steuern beteiligt werden (...) Die Staatsbürger, gerade die jüngere Generation, werden (...) das Ergebnis unserer Arbeit daran messen, ob unser Staatswesen in seiner föderativen Ausgestaltung wirkungsvoll und für alle Staatsbürger ohne regionale Unterschiede leistungsfähig zu arbeiten vermag.« (F.J. Strauß am 7.2.1969 im Bundesrat)¹⁵

¹⁰ Mira Gajevic (Frankfurter Rundschau, 18.5.2013): Große Fische, wenige Angler, www.fr-online.de/politik/steuerfahnder-grosse-fische--wenige-angler,1472596,22799832.html.

¹¹ Der Spiegel (13.2.2010): Steuerbetrug – Milder Süden. www.spiegel.de/spiegel/print/d-69065792.html.

¹² Matthias Thieme (Berliner Morgenpost, 12.12.2015), Falschgutachten – Für paranoid erklärte Steuerfahnder werden rehabilitiert, www.morgenpost.de/vermischtes/article206817657/Fuer-paranoid-erklarte-Steuerfahnder-werden-rehabilitiert.html.

¹³ Bundesrat – 33.4 Sitzung 7. Februar 1969, Rede Bundesfinanzminister Dr. Strauß, S. 10f., www.bundesrat.de/SharedDocs/downloads/DE/plenarprotokolle/1969/Plenarprotokoll-334.pdf?__blob=publicationFile&v=2.

¹⁴ Der Spiegel (13.2.2010): Steuerbetrug – Milder Süden, www.spiegel.de/spiegel/print/d-69065792.html.

¹⁵ Bundesrat – 33.4 Sitzung 7. Februar 1969, Rede Bundesfinanzminister Dr. Strauß, S. 10f., www.bundesrat.de/SharedDocs/downloads/DE/plenarprotokolle/1969/Plenarprotokoll-334.pdf?__blob=publicationFile&v=2.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Die neue LINKE
 - Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
 - Internationales/Krieg & Frieden
 - Buchbesprechungen/Filmkritiken
 - sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen
- ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 70,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).

Ich möchte die Buchprämie ABC Mandel Roth

Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 50,- (für Arbeitslose/Studenten).

Ich möchte die Buchprämie ABC Mandel Roth

Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 14,-/Ausland € 19,-).

Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

